



JUNGE SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI – KANTON BERN

**Vorstellung Wahlplakate
Nationalratswahlen 2007
sowie Wahlziele der
Jungen SVP Kanton Bern**



JUNGE SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI – KANTON BERN



JUNGE SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI – KANTON BERN

Wahlziele der Jungen SVP Kanton Bern

Von Stadtrat Erich J. Hess, Parteipräsident und Nationalratskandidat, Bern

Die Zahl der Mitglieder der Jungen SVP hat sich in den letzten Jahren höchst erfreulich entwickelt, dabei ist gerade die Zahl der ganz jungen Mitglieder am stärksten gewachsen.

Der Wahlkampf der Jungen SVP Kanton Bern hat heute offiziell begonnen. Hier präsentieren wir Ihnen die ersten Schritte unserer Wahlkampagne:

Im letzten November haben wir eine sehr gute Nationalratskandidatenliste nominiert. Ich bin davon überzeugt, dass die Junge SVP mit diesem Team ein gutes Wahlergebnis erreichen wird, da wir alle an einem Strick und vor allem in dieselbe politische Richtung ziehen.

Unser Ziel für 2007 ist klar:

- **Die Junge SVP bleibt wie bis anhin die stärkste Jungpartei im Kanton Bern.**

Dies ist jedoch nur unser Minimalziel, denn das Ziel als stärkste Jungpartei im Kanton Bern auftreten zu können, haben wir bereits seit vielen Jahren erreicht und unsere Position immer wieder erfolgreich verteidigt. Es reicht also nicht, sich an den Schwächeren zu messen, daher haben wir für 2007 grösseres geplant und uns nicht den Besitzstand als Ziel gesetzt.

Unser Zusatzziel für 2007 ist daher:

- **Die Junge SVP erreicht einen höheren Wähleranteil als die CVP des Kantons Bern.**

Das heisst in Wähleranteilen gerechnet: Die Junge SVP des Kantons Bern strebt einen Wähleranteil von mindestens 2,5 % an.

Ich bin davon überzeugt, dass wir dieses Ziel erreichen können. Nebst engagierten Leuten werden wir mit einem noch nie dagewesenen Aufwand in den Ring steigen und einen aktiven Strassenwahlkampf betreiben.

Nachfolgend präsentieren wir Ihnen nun die einzelnen Wahlplakate:



JUNGE SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI – KANTON BERN

Ja zur Schweiz, Nein zum EU-Beitritt

Von Stadtrat Patrick Freudiger, Vizepräsident und Nationalratskandidat, Langenthal

Warum dieses Thema?

Lange Zeit schien es, als wären Themen rund um die Europäische Union im Wahlkampf nicht aktuell. Mit der Forderung der EU an die Schweiz, ihr Steuersystem abzuändern, offenbart die EU definitiv ihren mangelnden Respekt der Schweiz gegenüber. Man kann sich nun vorstellen, wie es der Schweiz ergehen wird, wenn sie staatspolitisch nicht mehr souverän, sondern Mitglied der EU wäre. Machtlos, Rechtlos. Der Willkür Brüssels auf Gedeih und Verderben ausgeliefert. Die Frage eines EU-Beitrittes wird deshalb im Wahlkampf unserer Ansicht nach eine nicht zu unterschätzende Bedeutung haben.

Die Position der Jungen SVP

Die JSVP ist die einzige Jungpartei, welche sich kompromisslos gegen einen EU-Beitritt stellt. Bei einem EU-Beitritt wäre der Schweiz die direktdemokratische Selbstbestimmung in wesentlichen Politik-Bereichen entzogen. Tragende Säulen der Willensnation Schweiz – direkte Demokratie, Föderalismus, Neutralität – würden zur Farce oder auf dem Altar eines vereinten Europas geopfert.

Die JSVP setzt sich ein für eine funktionierende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir gewillt sind, jede noch so bittere Pille dafür zu schlucken. Sowohl mit der Personenfreizügigkeit als auch mit der Ostmilliarde erleidet die Schweiz Nachteile, ohne dafür eine nennenswerte Gegenleistung zu erhalten. Eine Kündigung der weiteren bilateralen Verträge ist nicht wahrscheinlich, umso mehr die Schweiz mit der Zinsbesteuerung und der Aufgabe des Bankkundengeheimnisses bei den indirekten Steuern der EU bereits sehr weit entgegengekommen ist. Die JSVP behält sich deshalb vor, gegen eine Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten Rumänien und Bulgarien das Referendum zu ergreifen.

Relevanz für den Kanton Bern

Der Ausgang des Steuerstreites ist für den Kanton Bern besonders wichtig. Denn der Kanton Bern verfügt über eine attraktive Holdingsteuergesetzgebung. Diesen nicht zu unterschätzende Standortvorteil im interkantonalen Steuerwettbewerb muss der Kanton Bern auch in Zukunft nutzen können.

Im Übrigen macht der rot-grüne Regierungsrat derzeit als EU-Turbo von sich reden. Der Bericht über die aussenpolitischen Beziehungen des Kantons Bern gleicht eher einer Propagandaaktion der NEBS statt seriöser Regierungsarbeit. Die Junge SVP wird deshalb die Frage des EU-Beitrittes sowie die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU generell im Wahlkampf aktiv thematisieren und sich der Wählerschaft als Alternative zum rot-grünen Internationalismus präsentieren.



Kriminelle Ausländer ausschaffen!

Von Andreas Wicki, Wahlleiter, Münsingen

Warum dieses Thema?

Ausländer, die hier arbeiten, Steuern zahlen und sich integrieren sind eine Bereicherung für unser Land. Sozialschmarotzer und Kriminelle jedoch eine Plage.

Sie belasten das Schweizer Rechtssystem sowie unsere sozialen Netzwerke, schüren Fremdenhass, Angst und Stereotypendenken bei der Schweizer Bevölkerung. Zudem hinterlassen sie oftmals viel Leid und Schmerz bei den traumatisierten Opfern und ihren Familien.

Leidtragende sind schlussendlich diejenigen, welche sich als Ausländer integriert haben und massgeblich zum Wohlstand in unserem Lande beitragen.

Die Position der Jungen SVP

Personen aus gewissen Ländern sind heutzutage bei der Lehrstellen- oder Jobsuche klar benachteiligt, weil ein paar unverbesserliche unser Rechtssystem narren und tagtäglich für negative Schlagzeilen sorgen.

Das Ganze schlägt sich auch auf die Staatskasse nieder. Ein Tag Gefängnis kostet zwischen 300 und 1'000 Franken pro Tag. Je nach Betreuung und Anstalt. Man bedenke, dass in unserer Gefängnisse über 80% der Insassen ausländischer Herkunft sind. Therapien, Bewährungshilfe, Integrationsprogramme, Anwaltskosten etc. sind da noch nicht inbegriffen.

Die Junge SVP fordert, dass dieser Wahnsinn endlich gestoppt wird. Nach Verbüßung der Haftstrafe sind solche Personen unverzüglich des Landes zu verwiesen. Ohne Therapien und lange Widereingliederungsversuche. Zum Schutz der eigenen sowie der integrierten ausländischen Bevölkerung. Es kann nicht sein, dass Personen über Jahre hinweg Versicherungen, Polizei, Gemeinden, Schulkommissionen und zig weiterer Behörden und auf trab halten und unsere Werte und Gesetze mit Füßen treten.

Traurigerweise werden in unserem Sozialstaat die Täter besser geschützt als die gebeutelten Opfer. Die JSVP fordert, dass die Praktiken der linken "tatsachenvertuschenden Beschöniger" in unserem Land endlich gestoppt werden. Tausenden von Franken werden jährlich in Integrationsprogramme investiert, welche allesamt Schiffbruch erleiden. Jedes Jahr wird ein grösseres Heer von Sozialarbeiter, Schul- und anderen Psychologen generiert, welche ausländische Schläger, Vergewaltiger, Erpresser und halbstarke Schulhofterroristen bei Kaffee und Kuchen ins Bodenlose therapieren sollen. Solche Streicheltherapien sind für die brutalen Schläger, welche oftmals aus Ländern stammen in denen Gewalt zur Tagesordnung gehört, eine Lachnummer. Ein Fass ohne Boden.

Ausländer mit mangelndem Integrationswille und solche die die Gesetze und Werte unserer Gesellschaft mit Füßen treten gehören konsequent ausgeschafft.



JUNGE SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI – KANTON BERN

Kein Geld für Sozialschmarotzer!

Von Mirjam Wüthrich, Nationalratskandidatin, Urtenen-Schönbühl

Warum dieses Thema?

Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind zunehmend frustriert, immer wieder erfahren zu müssen, wie die Steuergelder fehlinvestiert werden und wie Leute von unserem Sozialwesen profitieren, die dies eigentlich nicht verdient hätten. Wer unverschuldet in wirtschaftliche Not gerät, dem soll geholfen werden. Wer wirklich Hilfe braucht, der soll diese auch bekommen. Es darf aber nicht sein, dass der ehrliche Arbeiter und Steuerzahler für Arbeitsscheue und Scheininvaliden büssen muss.

Position der Jungen SVP

Wenn jemand auf die Hilfe des Staates angewiesen ist, so hat er einen Bedürfnisnachweis zu erbringen. Der heutige Sozialstaat hat sich von diesem Prinzip verabschiedet und bietet unendlichen Anreiz zum Missbrauch. Es kommt täglich zu schwerwiegenden Missbräuchen unserer Sozialwerke. Eine IV-Rente erhält heute tatsächlich bereits, wer an Internetsucht leidet, einen Vitaminmangel hat oder von seiner Freundin verletzt worden ist. Durch das wird die Scheininvalidität gefördert. Dies hat mit dem ursprünglichen Anliegen der IV nichts mehr zu tun.

Die Junge SVP will solche Missbräuche nicht tolerieren, sonst gefährden wir damit das gesamte System. Ein solcher Missbrauch ist kein Kavaliersdelikt, er muss verfolgt werden. Dazu braucht es vermehrte Kontrollen. Sozialdetektive sind dabei eine mögliche Form der Kontrolle.

Mitarbeitende von öffentlichen Diensten werden laufen vor 65 Jahren ohne Renteneinbussen pensioniert. Wir verlangen das Rentenalter 65 für Männer und Frauen.

Relevanz für den Kanton Bern

Gerade die von rot-grünen Regierungen geführten Städte wie Bern und Biel haben immer höhere Sozialausgaben und es muss davon ausgegangen werden, dass auch die Zahl der Missbräuche hier am höchsten ist. Bezeichnenderweise ist keinerlei politischer Wille da, dies zu ändern oder schon nur genauer zu prüfen. Nachdem auch die Kantonsregierung in ein rot-grünes Lager gerutscht ist, muss hier klar Gegensteuer gegeben werden.



JUNGE SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI – KANTON BERN

Keine Minarette auf Schweizer Boden!

Von Stadtrat Patrick Freudiger, Vizepräsident und Nationalratskandidat, Langenthal

Warum dieses Thema?

Fragen zu Minarettbauten und rund um den Islam generell gehören zu den Themen, welche die Bevölkerung derzeit am meisten beschäftigen. Eine Partei, welche die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen will, muss zu diesem Thema Lösungen präsentieren. Die JSVP unterstützt deshalb die Initiative gegen den Bau von Minaretten und wird im Wahlkampf auch aktiv Unterschriften sammeln. Bereits sind alle Regionalleiter der JSVP Kanton Bern verpflichtet, 150 Unterschriften zu sammeln.

Position der Jungen SVP

Von Beginn weg hat die JSVP in der Minarettfrage Stellung bezogen. Unter der Trägerschaft des Fördervereins bürgerliche Politik SVP / JSVP lancierten Thomas Fuchs, Erich Hess und der Referierende, Patrick Freudiger, eine Petition. Diese forderte den Regierungsrat auf, einen Marschhalt in der Minarettfrage einzulegen, um die politische Diskussion über Minarette führen zu können. Über 6000 Personen unterzeichneten die Petition. Dieser breite Widerstand bestärkte uns in der Haltung, dass Minarettbauten den religiösen Frieden in einer Gemeinde gefährden. Denn Minarettbauten werden in der Bevölkerung als Machtsymbole des Islam wahrgenommen. Zu Recht: Der heutige türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sagte, als er noch Bürgermeister von Istanbul gewesen war: *„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten (...).“*

Im Namen des Islam werden weltweit Menschen getötet, gefoltert und geknechtet. Nach wie vor stellt der Islam – anders als das Christentum – einen politischen Machtanspruch. Das Minarett symbolisiert nun diesen religiös-politischen Machtanspruch. Dafür haben wir in unserer christlich-abendländisch geprägten Zivilisation keinen Platz!

Es geht in keiner Weise darum, die Glaubensfreiheit auszuhöhlen. Denn zur Ausübung des Islam ist ein Minarett nicht nötig. Es gibt etliche Moscheen ohne Minarett und auch in Langenthal konnten die Muslime ihre Religion bisher ohne Minarett problemlos praktizieren.

Relevanz für den Kanton Bern

Neben dem Baugesuch für ein Minarett in Langenthal ist in der Stadt Bern ein Baugesuch für ein islamisches Grosszentrum eingegangen. Im Kanton Bern stellt sich die Frage, wie der Staat mit Forderungen muslimischer Minderheiten nach markanter Demonstration ihres Glaubens umzugehen hat, besonders dringlich. Die JSVP gewichtet den religiösen Frieden und die Tatsache, dass wir hier in einer christlich-abendländisch geprägten Zivilisation leben, höher als Demonstrationsbedürfnisse muslimischer Minderheiten – sowohl bei der Minarettfrage oder bei der Forderung nach einem Islam-Zentrum in Bern.



Keine Entwaffnung der Schweiz!

Von Andreas Wicki, Wahlleiter, Münsingen

Warum dieses Thema?

Die Schweiz ist zweifellos eines der schusswaffenreichsten Länder der Welt. In rekordverdächtigen 36 Prozent aller Haushalte steht mindestens ein Gewehr oder eine Ordonanzfaustfeuerwaffe. Weiter kommen ca. 2,3 Millionen Revolver, Faustfeuerwaffen und Langwaffen hinzu, welche von Schützen privat erworben wurden. Seit Generationen pflegt die Schweiz eine in der Bevölkerung breit abgestützte Schützentradition. Am grössten Schützenfest der Welt, am eidgenössischen Feldschiessen pilgern jeweils zig tausende in die Schiessstände um sich mit Ihregleichen zu messen. Dabei ist zu erwähnen, dass an solchen Anlässen keine Polizeigrenadiere mit Gummischrot und Tränegaswerfern benötigt werden. Bei anderen Sportarten (Fussball, Eishockey) wäre so was mittlerweile undenkbar. Nun sollen solch friedliche Volksfeste bald der Vergangenheit angehören? Im Verlauf der letzten Monate wurden auf politischer Ebene diverse Anträge eingereicht, welche z.B. die Kasernierung sämtlicher Armeewaffen fordern. Sollte dieses Szenario Tatsache werden, so wird dies das Ende des Feldschiessens und zig weiteren Schützenfesten bedeuten.

Zu umständlich wäre es die Waffe vorgängig bei einem Logistikzentrum in Empfang zu nehmen und wieder zurückzubringen. Problematisch wäre auch, dass der Schütze keine Gelegenheit mehr hätte, mit der Waffe Übungseinheiten durchzuführen, was sich schliesslich auch auf die Handhabung und die Beherrschung der Waffe niederschlägt. Eine Zunahme der Schiessunfälle während des Dienstes wäre vorprogrammiert. Spricht man die Waffengegner auf die Kosten einer Kasernierung an, stösst man auf taube Ohren.

Stattdessen versuchen sie Bürgerinnen und Bürgern zu suggerieren, dass häusliche Gewalt, Tötungsdelikte und Suizide in einer Gesellschaft ohne Schusswaffen entscheidend verringert, respektive verhindert werden könnten. Dies notabene in einem Land, in dem die Mordrate wesentlich tiefer ist als in andern Staaten. Auf eine Million Einwohner werden hierzulande jährlich 12 Tötungsdelikte gezählt. Trotz der vielen Waffen. In den Niederlanden, wo nur in 2 Prozent der Haushalte eine Schusswaffe zu finden ist, sind es 15 Tötungsdelikte. In Kanada und Australien (in 10 Prozent der Haushalte befindet sich eine Schusswaffe), werden auf eine Million Menschen ermordet, in Finnland 24 und in den USA, wo in 32 Prozent der Haushalte eine Schusswaffe vorhanden ist, gar 56. Aus andern Staaten liegen keine vergleichbaren Daten vor. Die Rate der Familienmorde hingegen ist in allen sechs Ländern erstaunlich ähnlich.

Mit 5,5 Familiendramen pro Million Einwohner liegt die Schweiz unter dem internationalen Durchschnitt. Dies obwohl in zahlreichen Kellern, Schränken, Schubladen, Schlafzimmern oder Stuben hunderttausende von Sturmgewehren und andere Schusswaffen vorhanden sind. Familiendramen bei denen eine Schusswaffe eine Rolle gespielt hat, liegen bei 43 Prozent. Also nicht einmal die Hälfte.



Kommt dazu, dass der Anteil der Ordonnanzwaffen an diesen 43 Prozent der Delikte lediglich 36 Prozent beträgt. Also wird bei 85 Prozent der Morde an Frauen oder Kindern gar keine Armeewaffe eingesetzt.

Bezüglich der Suizide argumentieren die Waffengegner oftmals mit Zahlen aus Kanada. Dort sank aufgrund eines restriktiveren Waffenregimes die Zahl der Schusswaffensuizide von 32 auf 19 Prozent. Der Nachsatz, dass die Gesamtzahl der Kanadier, die sich selber umbringen, ungefähr gleich geblieben ist, verschweigen sie.

Dies zeigt doch, dass nur über die Mittel und Werkzeuge gesprochen wird. Nicht aber über die Ursachen. Morde und Suizide werden nicht verübt, weil gerade eine Schusswaffe zur Hand ist, sondern weil es einen Grund dafür gibt. Oder genauer, weil der Täter glaubt, einen Grund dafür zu haben.

Position der Jungen SVP

Nicht das Werkzeug ist entscheidend, sondern der Wille. Nach der Logik der Entwaffner müssten in der Schweiz sämtliche Regional- und Bundesbahnen aus dem Verkehr gezogen werden. Immerhin werden knapp 10% aller Suizide auf diese Art und Weise verübt. Auch Autos müssten verboten werden. Die Zahl der Todesopfer, welche auf Raserunfällen zurückzuführen sind, ist in den letzten Jahren markant angestiegen. Hier ist es auch nicht möglich einige schwarze Schafe zum Voraus auszusortieren. Werden deshalb alle unsere Autos eingemottet? Wohl kaum!

Die Waffengegner verheimlichen bewusst, dass mit flächendeckenden Waffenverboten nur der verantwortungsbewusste Bürger, Soldat und der private Waffenbesitzer entwaffnet werden.

Die wahre Debatte dreht sich um den Status der Waffe in einer freien Gesellschaft und nicht um die Sicherheit in Schweizer Haushalte.

Die Junge SVP setzt sich mit aller Kraft für ein freiheitliches Waffenrecht ein und ist gegen eine Kasernierung von Armeewaffen und gegen eine Entwaffnung unseres Landes. Weiter appelliert die Junge SVP an sämtliche Schützenvereine und ihren Mitglieder, endlich zusammenzustehen, aufzuwachen und diesem nutzlosen Treiben vereint entgegenzutreten. Es kann und darf nicht sein, dass unbescholtene Bürger durch den Staat bevormundet werden und schlussendlich ihren Sport und eine jahrelange Tradition nicht mehr in Würde ausüben können.



JUNGE SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI – KANTON BERN

Schlusspunkt

Von Stadtrat Erich J. Hess, Parteipräsident und Nationalratskandidat, Bern

Werte Medienschaffende, sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben nun gesehen, mit welchen Themen die Junge SVP den Wahlkampf bestreiten wird. Die Plakate sollen im ganzen Kanton Bern flächendeckend eingesetzt werden.

Die Junge SVP Kanton Bern hat ganz bewusst einen modernen Auftritt gewählt, der hier bei den Plakaten beginnt und sich bei der Gestaltung des Wahlprospektes fortführen wird.

Die Junge SVP wird den modernen Auftritt mit einem neuen Plakatmaterial verbinden. Die Plakate werden dabei auf dem neu auf dem Markt erhältlichen plastifiziertem Material (polypropylen-Hohlkammerplatten) hergestellt, das im Schweizerischen Wahlkampf dieses Jahr erstmals zum Einsatz kommt.

Bei Anwendung dieses Materials entfällt die Beschaffung der Plakatständer und die Platzierung ist wesentlich einfacher. Die JSVP-Plakate werden unsere Mitglieder dann selber im ganzen Kanton anbringen. Dabei verzichten wir auf die Miete von Plakatwänden, sondern setzen einzig auf eine grossangelegte wilde Plakatierung.

Die Junge SVP verfügt über motivierte Mitglieder, die bereit sind, Zeit und Einsatz beizusteuern. Gemeinsam werden wir es schaffen, stärkste Jungpartei zu bleiben, die CVP in Bezug auf Wähleranteil zu übertrumpfen und diese damit im Kanton Bern in die Bedeutungslosigkeit zu verbannen.